

## DRINGLICHKEITSANTRAG

der Abgeordneten

**Fritz Dinkhauser, Dr. Andrea Haselwanter-Schneider,  
Dr. Andreas Brugger, Gottfried Kapferer, Bernhard Ernst**

betreffend:

### **Konsequenzen aus LRH-Sonderprüfung zur Lebenshilfe und Eule: Umsetzung der Kontrolle**

Die unterfertigten Abgeordneten stellen den

### **DRINGLICHKEITSANTRAG:**

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird beauftragt,

- 1) dafür Sorge zu tragen, dass der Landtag sämtliche Unterlagen des *Vereins Lebenshilfe Tirol (inkl. Eule)* vorgelegt bekommt. Der Partnerschaftsvertrag mit der Lebenshilfe Tirol ist aufzukündigen und neu zu verhandeln.
- 2) sicherzustellen, dass überprüft wird, ob die Abteilung Soziales fahrlässig oder auf politische Weisung gehandelt hat bzw. notwendige Handlungen (umfassende Kontrolle, Umsetzung der LRH-Empfehlungen aus dem Jahr 2005 etc.) unterlassen hat. Ein schriftlicher Bericht dazu ist dem Landtag vorzulegen.
- 3) dafür zu sorgen, dass der entstandene Schaden (z.B.: laut LRH-Bericht überhöhte Honorarrechnungen der Eule an das Land Tirol) von der Lebenshilfe in vollem Umfang im Zuge von Regressforderungen rechtlich zurückgefordert wird.
- 4) sämtliche Forderungen des LRH aus den Berichten von 2005 sowie 2012 schnellstmöglich umzusetzen: Vor allem sind die notwendigen Instrumentarien wie Qualitätsstandards, Bedarfspläne und Controlling zu schaffen.“

Bei Nichtzuerkennung der Dringlichkeit möge der Antrag gem. § 27 Abs 3 GeoLT dem **Finanzkontrollausschuss** zugewiesen werden.

### **B E G R Ü N D U N G:**

Im Februar 2011 haben Liste Fritz – Bürgerforum Tirol, Grüne, FPÖ und LA Gatt die Landesrechnungshof-Sonderprüfung zur Lebenshilfe/Eule durchgesetzt, zwei entsprechende Prüfberichte liegen nun vor.

Die oben bezeichnete Rechnungshofprüfung hat den größten sozialpolitischen Skandal Tirols zu Tage gefördert und gewaltige Missstände aufgezeigt, jetzt gilt es den entstandenen Vertrauensschaden wieder gutzumachen. Es geht um rund 2.000 täglich betreute Menschen und Kinder mit Behinderung, um viele engagierte Mitarbeiter, um Millionen Steuergelder und um einen glaubwürdigen Neustart für die wichtigen Sozialeinrichtungen Lebenshilfe und Eule.

Hierzu muss es eine **Offenlegung aller Unterlagen des Vereins Lebenshilfe** geben.

Auch wenn der exklusive Partnerschaftsvertrag der Lebenshilfe mit dem Land eine Prüfung des Vereins vom Willen der Lebenshilfe abhängig macht, soll der Landtag umfassend Einblick in alle Unterlagen des Vereines bekommen, um alle wichtigen Fragen zum Verein endgültig klären zu können. Bisher sind wesentliche Fragen zum Verein Lebenshilfe aus dem Fragenkatalog zur Sonderprüfung unbeantwortet. Weigert sich die Lebenshilfe Tirol weiterhin, dem Landtag die Unterlagen des Vereines vorzulegen, müsste der Partnerschaftsvertrag aufgekündigt und die Förderung des Landes in Etappen, um die betroffenen behinderten Menschen nicht zu schädigen, zurückgefahren werden.

Zudem ist die **Verantwortung in Politik und Verwaltung**, die Frage von politischen Weisungen sowie Regressforderungen zu klären. Fragen zu einer etwaigen Amtshaftung sollen hier ebenso geklärt werden wie etwaige Mitwisserschaft von Landesregierungsmitgliedern oder sonstigen Funktionsträgern in der Politik.

Weiters soll ein **Strategieplan Tirol** im Umgang mit solchen Einrichtungen erstellt werden. Zusätzlich sind die **notwendigen Instrumente, wie Bedarfspläne, Qualitätsstandards** und ein entsprechendes **Controlling** einzurichten sowie die **weiteren Empfehlungen des Landesrechnungshofes** umzusetzen (siehe untenstehende Auflistung).

## **Die Kritikpunkte des Landesrechnungshofes nochmals im Detail:**

### **LEBENSILFTE TIROL**

- zw. 2000-2010 erhielt rund 340 Mio. € Steuergeld erhalten (2010: 42,8 Mio. €)
- für bauliche Investitionen gab es ab 2000 rund 7,1 Mio. € Steuergeld
- maßlose GF-Gehälter: bis zu 11.300 € brutto pro Monat – dazu Bonifikationen, Dienstautos und unübliche Vertragsbestandteile (Kündungsverzicht)
- Bsp.: 2007: gleichzeitig drei GF mit mehr als 10.000 € brutto Monatsverdienst
- Aufträge, wie PR-Arbeit, ohne Ausschreibung und ohne schriftlichen Vertrag vergeben (Volumen 2004-2010: rund 440.000 €)
- Präsident Zobl: Kritik LRH an In-Sich-Geschäften

### **Verein & Gesellschaft EULE**

- im Jahr 2010 erhielt die Eule rund 3,7 Mio. € Steuergeld
- Die Vermögens- und Finanzlage des Vereins hat sich zw. 2000-2004 versiebenfacht: von 250.000 € (2000) auf 1,7 Mio. € (2004); 2005: 857.000 € Bilanzgewinn
- 2005: Bei Übergang vom Verein zur Gesellschaft – Verbleib von rund 145.000 € ungeklärt
- Eule-Gesellschaft: 2009 (Minus von 298.000 €) und 2010 (Minus 1,3 Mio. € - durch Auflösung der Rücklagen Bilanzverlust von 637.000 €) überschuldet und insolvent
- Wegen unzulässiger Abrechnungen musste die Eule Gelder zurückzahlen
- Leistungen von Eule Ges. ohne Bescheid des Landes erbracht – Folge: rund 475.000 € Ausfälle (2010)
- Eule Ges. verrechnet Honorarnoten mit Aufschlag (weit über TGKK-Tarif) ans Land weiter:  
2006 > 600.000 € und 1,2 Mio. € an das Land  
2007 > 640.000 € und 1,3 Mio. € an das Land  
2008 > 60.000 € und 100.000 € an das Land
- GF Schatz: mehr als 6.000 € brutto + Dienstauto
- Ständige Dissonanzen zwischen Land (Geld- und Auftraggeber) und Eule Gesellschaft (Auftragnehmer) -> es behängen mehr als 100 Verfahren der Eule gegen Land beim VwGH.

**Die Dringlichkeit** ergibt sich aus der (immer noch anhaltenden) fehlenden Kontrolle über mehr als 340 Millionen Euro Steuergelder in den letzten zehn Jahren, die in den Bereich der *Lebenshilfe Tirol* geflossen sind.

Innsbruck, am 28. Juni 2012